

Anfrage Schaller Patricia und Mit. über die Weiterbenutzung der Räumlichkeiten im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Sempach (A 59)

Eröffnet: 11. September 2007, Justiz- und Sicherheitsdepartement

Antwort Regierungsrat:

Zu Frage 1: Welche Überlegungen zur Umnutzung dieser Räumlichkeiten bzw. zur Auslastung des Zentrums wurden angestellt?

Im Zusammenhang mit der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) wurde der Betrieb der Zentralschweizer Polizeischule in Sempach im Sommer 2007 eingestellt. Durch den Wegzug der Polizeiausbildung wurden auf dem Areal des Zivilschutz-Zentrums Sempach Räumlichkeiten frei. Verschiedene Abklärungen haben schliesslich zur Idee eines Sicherheitszentrums geführt.

Zu Frage 2: Hat die Polizei Bedürfnisse von Räumlichkeiten, die zentral im Kanton gelegen und gut erschlossen (Autobahn A2) sind?

Mit dem Bau der Nationalstrasse im Kanton Luzern wurden in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf dem Areal Sprengi der Werkhof des Strasseninspektorats und die Gebäude für eine Autobahnpolizei erstellt. Die für die Polizei errichteten Gebäude waren für rund 36 Mitarbeitende und etwa 25 Einsatzfahrzeuge konzipiert. Der zusätzliche Raumbedarf konnte mit den zwei Bürocontainern, die in den Jahren 1990 und 1999 erstellt wurden, teilweise aufgefangen werden. Der ältere Container muss in den nächsten zwei bis drei Jahren saniert werden. Bereits 1988 wurde über die Erweiterung des Stützpunkts Sprengi eine Machbarkeitsstudie erstellt. Zudem mussten in der Zwischenzeit der Teilbereich Ordnungsbussen- und Radarbüro sowie die Verkehrserziehung Anfang 2006 provisorisch an der Centralstrasse 21 in Sursee untergebracht werden.

Der Regierungsrat beauftragte im Oktober 2005 die Dienststelle Immobilien, die Erweiterung auf dem Areal des Stützpunkts Sprengi zu prüfen. In die Prüfung miteinbezogen werden sollte auch eine (Um)-Nutzung des Armeemotorfahrzeugparks (AMP) Rothenburg, der im Rahmen der Umsetzung der neuen Armee geschlossen werden soll. Zwischenzeitlich musste diese Variante aufgrund der Priorisierung als Wohnnutzung fallengelassen werden. Auf dem Areal Sprengi wäre eine Erweiterung aus Platzgründen kaum realisierbar. Es wurde deshalb in der Folge das Sicherheitszentrum Sempach weiterverfolgt.

In Sempach sollen die Bereitschafts- und Verkehrspolizei (BVP), der ständige Präsenz- und Interventionsdienst (SPID) und der Stabsbereich, der an vielen dezentral gelegenen Standorten Gebäulichkeiten (Lagerhallen; Munitionsdepot usw.) nutzt, zusammengezogen werden. Die alten Standorte würden damit aufgehoben und die Arbeitsprozesse optimaler gestaltet.

Ein "Sicherheitszentrum Sempach" am Standort des heutigen Zivilschutzausbildungszentrums hätte für die Kantonspolizei insbesondere folgende Vorteile:

- der Betrieb eines zweiten Hauptstandortes der Polizei (Konzentration verschiedener heute dezentraler Elemente an einem Standort)
- ein weiterer geografischer Raum, aus dem polizeiliche Einsätze gefahren werden können, sowie
- langfristig die Möglichkeit, räumliche Erweiterungen für ähnliche oder gleiche Zwecke vornehmen zu können.

Das Zentrum würde weiterhin für die Zivilschutzausbildung genutzt. Seit dem Bau des Zentrums im Jahre 1970 erfolgte keine Anpassung der Infrastrukturen an die veränderten Anforderungen der Zivilschutzausbildung. Unterrichtsräume und Übungspiste entsprechen den heuti-

gen Anforderungen an eine modern ausgerichtete Zivilschulung Ausbildung nicht mehr. Zudem wurden im Bereich des infrastrukturellen Unterhaltes nur die absolut notwendigen Investitionen getätigt, weil gespart werden musste und weil eine künftige Nutzung des Zentrums nach dem Auszug der Polizeischule nicht feststand. Zudem soll der Bereich Zivilschutz mit 10 Arbeitsplätzen vom Armee-Ausbildungszentrum Luzern (AAL) nach Sempach verlegt werden. Damit werden Ausbildung und Führung des Bereiches Zivilschutz an einem Ort vereint.

Zu Frage 3: Besteht das Bedürfnis bzw. die Möglichkeit andere kantonale Dienststellen ins Zivilschutz-Ausbildungszentrum nach Sempach zu verlagern?

Der Verbund mit der Betreiberin des Zentrums ist sinnvoll, und ein entsprechender Synergieeffekt ist ausgewiesen. So könnten die BVP, welche heute an drei Orten stationiert ist, sowie die nicht standortgebundenen Stabseinheiten der Kantonspolizei ins Sicherheitszentrum verlagert werden. Weiter kann die Abteilung Zivilschutz vom AAL nach Sempach verlegt und mit dem Ressort Zivilschulung Ausbildung zusammengelegt werden.

Schliesslich hat das Rechenzentrum (RZ) an der Murbacherstrasse am Standort der Dienststelle Informatik Bedarf. Heute stehen das Primär-RZ an der Murbacherstrasse und das Sekundär-RZ bei der Kantonspolizei an der Kasimir-Pfyffer-Strasse. Daneben sind in der kantonalen Verwaltung noch diverse kleinere Rechenzentren respektive Serverräume in Betrieb. Diese Standorte sollen sukzessive auf zwei Hauptstandorte reduziert werden. Das RZ an der Murbacherstrasse genügt mittelfristig aus Sicherheitsgründen den Anforderungen nicht mehr. Das RZ der Kantonspolizei soll künftig zum Primär-RZ werden. Für das Sekundär-RZ wäre das Sicherheitszentrum Sempach eine gute Lösung.

Der Regierungsrat hat im April 2008 von diesen Absichten und von einer Machbarkeitsstudie Kenntnis genommen. Die Machbarkeitsstudie zeigt die Realisierbarkeit der Bedürfnisse und deren Umsetzung. Dabei muss die Sanierung und Umnutzung der bestehenden Bauten vorgenommen werden. Zudem sind Neubauten für Verwaltung, Werkstatt sowie einer Einstellhalle als Ersatz der Gebäulichkeiten Sprengi und der Standorte Sursee und Kriens erforderlich. Die Erschliessung des Areals soll über eine neue Güterstrasse inklusive Werkein- und -ausfahrten erfolgen. Schliesslich soll eine LKW-Kontrollstelle auf dem Areal der Raststätte Neuenkirch umgesetzt werden.

Es ist mit Ausgaben von etwas mehr als 30 Mio. Franken zu rechnen. Darin enthalten sind die Sanierung der bestehenden Gebäude, die Verwirklichung eines Neubaus (Verwaltung, Werkstatt, Einstellhalle), die neue Erschliessung, die LKW-Kontrolle und das Rechenzentrum.

Der Regierungsrat hat die Dienststelle Immobilien beauftragt, einen Projektwettbewerb durchzuführen. Bei den Planungskosten wird mit 1,4 Mio. Franken gerechnet.

Luzern, 22. April 2008 / RRB-Nr. 477

1383 - Antwort RR / 23199